

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Eine Krise kommt selten allein  
**Autor:** Grigorjew, Leonid  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093291>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Leonid Grigorjew, Moskau

## Eine Krise kommt selten allein

Der folgende Beitrag erschien in der deutschen Monatsausgabe (Mai 1991) von «Moskowskije Nowosti» (MN), Moskau.

Schon zu Anfang der Wirtschaftsreformen in der UdSSR war es klar, dass sich die Krise nicht abwenden lässt. Sie war der unabwendbare Preis der ineffektiven Wirtschaftsstruktur, der ungünstigen Standortverteilung der Produktivkräfte und der masslos aufgeblähten Schwer- und Rüstungsindustrie. Ähnliche Schwierigkeiten überwinden jetzt die Länder Osteuropas. Diese Krisen sind jedoch unausweichlich und notwendig, damit das Land aus der totalen Sackgasse herauskommt. Die jetzige Krise in der Sowjetunion lässt aber keine grosse Hoffnung auf einen Übergang zu einem neuen Wirtschaftssystem erwachsen, sie artet immer mehr in eine allgemeine Zerrüttung aus, was man bei einer organisierten Durchführung der Reformen hätte verhindern können.

Im Grunde haben wir es mit mehreren Krisen auf einmal zu tun. Die erste ist mit dem Verfall des administrativen Systems verbunden. Die Umstrukturierung hat noch nicht begonnen, die Situation ist aber schon schwer. Das Sinken des Nationalprodukts (die Kategorie «Nationalprodukt» entspricht etwa dem Bruttosozialprodukt ohne private und staatliche Dienstleistungen – die Red.) um vier Prozent im Jahre 1990 (es kann auch um mehr sein, weil die Zuverlässigkeit der offiziellen Angaben über sein Wachstum in den achtziger Jahren zweifelhaft ist) bedeutet nach den westlichen Standards eine sehr schwere Krise. Der tiefste Rückgang des Sozialprodukts in den USA in der Nachkriegszeit, 1982, betrug zwei Prozent. Im Februar 1991 sank das Nationalprodukt in der UdSSR um 10 und die Industrieproduktion um 4,5 Prozent. Im März wird die Situation noch schlimmer gewesen sein, weil gestreikt wurde.

Die Krise verteilt sich ungleichmässig über die Branchen und Erzeugnisarten. Immer tiefer wird der Einbruch bei der Gewinnung der Rohstoffe, was die Stabilität der ressourcenintensiven Wirtschaft untergräbt. Im Maschinenbau und überhaupt in allen Betrieben mit komplizierten Technologien mangelt es akut an notwendigen Zuliefererzeugnissen.

Berücksichtigen wir die Krise des Aussenhandels, den raschen Rückgang der Produktionsakkumulation und des Wohnungsbaus sowie die Inflation – sowohl die spontane als auch in Form der Preisreform –, bekommen wir eine allgemeine Krise der Reproduktion. Den Zustand des Staatshaushalts und des Geldsystems kann man als eine totale Finanzkrise bewerten.

Und dennoch stehen wir erst am Anfang einer Stagflation. Die Preise wurden nur angehoben, aber noch nicht liberalisiert. Für die Betriebe bestehen vorläufig noch keine Stimuli, die Produktion auszubauen. Uns steht ein Wettlauf der Preise und der Unkosten (der Löhne und Gehälter), ein Sinken der Investitionen der Betriebe, eine Umleitung ihrer Gewinne in soziale Fonds (Kompensationen) usw. bevor.

### Historische Chance wurde vertan

Seit 1989 beobachteten wir die aktive Suche der Betriebe nach neuen Wirtschaftsbeziehungen, einen Zyklus der Inflation und die Entwicklung des Tauschhandels. Schon in diesem Stadium wurden die Tendenzen sichtbar, die für ganz Osteuropa in den ersten Reformphasen typisch waren: Die Freiheit der Betriebe ohne harte Kontrolle des Eigentümers über die wirtschaftlichen Entscheidungen und ohne strenge finanzielle Beschränkungen auf betrieblicher Ebene führt zur Erhöhung der Löhne und der Preise, jedoch nicht zum Ausbau der Produktion und der Investitionen. Die Kürzung des Imports wurde ungeschickt vorgenommen und versetzte der Produktion einen Schlag.

Seit Mitte Sommer 1990 verstärkt sich die Tendenz zur Regionalisierung: Die Republiken, Gebiete, Städte und Dörfer schützen ihren Markt. Die Regionalisierung der Warenströme ist kein Zufall, sondern eine Nebenwirkung von guten Absichten der örtlichen Behörden. Die allgemein bekannten Preisschocks «auf sowjetische Art» (im Mai das Versprechen, die Preise zu erhöhen; im Oktober der Erlass über die Preislisten; im selben Monat die Erhöhung der Aufkaufpreise) verschlimmerten das Durcheinander und waren wahrscheinlich Ursache dafür, dass sich die wirtschaftliche Situation nach Neujahr zuspitzte.

Die Schwankungen und Fehler der damaligen Regierung kamen uns teuer zu stehen. Die historische Chance, noch vor der Krise ernsthafte, organisierte und unumkehrbare Reformen zur Einführung einer Marktwirtschaft einzuleiten und die polnischen Erfahrungen der achtziger Jahre nicht zu wiederholen, als die Produktion und der Lebensstandard jäh sanken, die Auslandsschulden anstiegen und die Streiks nicht enden wollten (Gott bewahre uns vor einem Ausnahmezustand!), ist faktisch vertan. Die Krise wäre mindestens zum Teil regulierbar und lenkbar gewesen, hätte man die Reformen von oben aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Republiken und den führenden sozialen Kräften durchgeführt.

Im gegenwärtigen Stadium reproduziert sich die Krise selbst – ohne böse Absichten irgendwelcher Subjektive. Es ist eine Kettenreaktion. Im Unterschied zu ähnlichen Krisen in Marktwirtschaften werden alle Löhne und Gehälter weitergezahlt. Das Ergebnis ist die grandiose Preiserhöhung am 2. April. In dieser Lage fällt ein für unsere Wirtschaft äusserst charakteristisches Merkmal besonders auf: Das ist die Unmöglichkeit, eine vereinzelte Massnahme, sei sie auch noch so richtig, wirksam durchzuführen; ohne einheitliche Gesamtkonzeption wirkt jede beliebige Massnahme destabilisierend.

Hätten wir uns der Marktwirtschaft entgegenbewegt, dann könnten wir darauf hoffen, dass die zunehmende Aktivität der neuen privaten Sektoren die Verluste kompensieren würde, dass sie allmählich den Handel stabilisieren, Versorgungsketten aufbauen, verschwindende Kleinartikel produzieren würden usw. Befänden wir uns jetzt schon in der Marktwirtschaft, hätte die Krise (die USA beispielsweise erleben jetzt auch eine Flaute, dort herrscht aber keine allgemeine Resignation) die Produzenten gezwungen, die Preise zu beschränken oder ihr Produktionsprogramm zu ändern. Wir aber haben jetzt zwischen zwei möglichen Szenarien zu wählen, wenn wir uns nicht über ein drittes einigen.

Das erste Szenarium ist apokalyptisch: Die Zerrüttung vertieft sich. Die Produktion in den Betrieben, die zahlreiche Zuliefererzeugnisse benötigen, besonders solche, die aus dem Ausland oder von Unruhen betroffenen Regionen gebracht werden, kommt zum Erliegen. Es genügt, dass eine Komponente fehlt, und es kann nicht produziert werden. Die Aussaat in der Landwirtschaft wird eingeschränkt. Bei einer solchen Krise gibt es nur einen, jedoch wichtigen Vorteil: In diesem Augenblick ist die Gesellschaft zu vielem, auch zu tiefgreifenden Reformen bereit, nur um aus dem Abgrund herauszukommen.

Das zweite Szenarium: Die heutigen Beziehungen und Strukturen der Wirtschaft werden weiterhin konserviert, um ein weiteres Absinken der Produktion zu verhindern. Die Regierung hat eingesehen, dass die Finanzprobleme gelöst werden müssen, das

geschah jedoch zu spät. Die Preissteigerung kann die Haushaltsprobleme erleichtern, sie kann jedoch keinen Umbruch herbeiführen, weil die Aussichten sowohl für die staatlichen als auch für die neuen privaten Unternehmen zu unbestimmt sind. Zickzacks in der Regierungspolitik, die allmähliche Gewöhnung der Bürger nicht nur an die Rationierung und das Sinken des Lebensstandards, sondern auch an Preissprünge – das ist die Entwicklungsvariante, in der wir eigentlich schon leben.

Das dritte Szenarium ist nur aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Republiken möglich. Die Krise soll durch einen ganzen Komplex von Massnahmen bekämpft werden, die Stabilisierungsmassnahmen dürfen, jedoch die Orientierung auf die Entwicklung einer Marktwirtschaft nicht verdecken. Das Antikrisenprogramm darf nur mit Rücksicht auf die neue politische, vor allem aber die neue sozialpsychologische Situation in der Gesellschaft, insbesondere nach der Preiserhöhung, erarbeitet werden.

Der Präsident der UdSSR erklärte sich beim Treffen mit den Bergleuten am 3. April mit dem Standpunkt des Ökonomen Jewgeni Jassin einverstanden, dass die Inkompetenz der Führung eine der Krisenursachen gewesen sei. Die Fähigkeit der Regierung, die Situation zu prognostizieren und kompetente Entscheidungen zu treffen, nahm allmählich zu, die Kompliziertheit der Probleme nahm jedoch mit geometrischer Progression zu, die Kluft zwischen Administration und Ökonomie wurde deshalb immer weiter. Die Machtfrage wurde aus diesem Grunde zu einem ökonomischen Problem: Jassin und andere Experten wurden ja all die Jahre nur als Verfasser von Berichten und Denkschriften herangezogen, die Entscheidungen trafen immer andere Personen. Kann man die UdSSR mit Hilfe solcher «Denkschriften» aus der Krise herausführen?!

Eines der Schlüsselprobleme bei der Überwindung der Krise (nicht nur der politischen, sondern auch der ökonomischen) ist das Vertrauen der Gesellschaft zur Regierung. Das Programm «500 Tage» bleibt nicht so sehr wegen seines realen Inhalts populär (nur wenige haben die 300 Seiten Text gelesen), sondern aus dem Grunde, weil man darin eine Chance für alle sah. Laut Umfragen sprachen sich bis zu 80 Prozent der Bevölkerung für diesen Reformentwurf aus, das entspricht etwa der positiven Bewertung des Mazowiecki-Balcerowicz-Programms vor den polnischen Reformen. Wie hoch ist das Vertrauen zum jetzigen Ministerkabinett? Nach der Preissteigerung und der ersten Kompensationsauszahlung liegt die Antwort, glaube ich, auf der Hand. Es bleibt nur zu erfahren, ob die Zentralgewalt bereit ist, diesen Faktor in Betracht zu ziehen. Welche Schritte wird sie unternehmen? Das Schicksal der Wirtschaft wird nach wie vor von Politikern entschieden. ■

## Aus der Debatte innerhalb der KPdSU

# Die Mittelposition

**In der Sowjetunion findet die Debatte auch unter Genossen statt, wobei die «Dogmatiker» den «Neuerern» einander gegenüberstehen. Aber es gibt auch die Mittelposition ideologieverpflichteter Reformanhänger. Ein Beispiel dieser Argumentationslinie sei hier vorgestellt.**

Im Zuge von Perestrojka und Glasnost sind in der UdSSR theoretische Grundsätze in Frage gestellt worden und alte Wahrheiten ins Wanken geraten. Eine lebhafteste Ideologie-Debatte wird in der KPdSU ausgetragen.

Seine Überlegungen zum Verhältnis von allgemeinen menschlichen Werten und Klasseninteressen sowie zur Bewertung der sowjetischen Geschichte aus heutiger Sicht legt W. Romanow dar, ein Volksdeputierter der UdSSR. Wie üblich beruft auch er sich auf Lenin, der vom Vorrang der allgemeinen menschlichen Werte gegenüber den Klasseninteressen sprach. Wörtlich schreibt Romanow: «Im Zuge des Kampfes gegen den Dogmatismus und für den Vorrang der allgemeinen menschlichen Werte werden heute alle Prinzipien, einschliesslich der klassenmässigen Erscheinungen, umfassend entideologisiert.»

Dennoch sei jeder Sowjetbürger bewusst oder unbewusst Träger der Ideologie einer Klasse, einer sozialen Schicht oder einer Gruppe. Der Verfasser setzt sich für eine Neubesinnung ein und meint, die Partei müsse die allgemeinen menschlichen Werte in den Vordergrund rücken. Es gelte jetzt «überholte Stereotypen und Prinzipien zu revidieren». An die Allmacht des Zentralismus glaubten nur noch wenige Doktrinäre. Zwischen Sozialismus und Kapitalismus solle eine weltweite Allianz angestrebt werden, um die Probleme der Gegenwart zu lösen. Der Inhalt der Begriffe «Klasseninteresse» und «Proletariat» sei zu überprüfen. Im Wirtschaftssystem sei das sozialistische Grundprinzip «Jedem nach seiner Leistung» gefordert.

Romanow beklagt den Widerspruch der Formel «Staatsinteressen stehen über den persönlichen Interessen». Wörtlich sagt er: «Wir brauchen ein System von Wirtschaftsbeziehungen, das sowohl arbeitende als auch arbeitsunfähige Menschen sozial absichern und die ökonomische und kulturelle Ent-

wicklung der verschiedenen Völker ausgleichen könnte, die sich in die Struktur der multinationalen Staatlichkeit eingeschaltet haben.»

Abschliessend verteidigt der Volksdeputierte den «Kollektivismus», den er als einen wichtigen sozialistischen «Wert» bezeichnet. Er bedeute die Fähigkeit, sich über die persönlichen Interessen zu erheben. Nur er gewährt die «Solidarität mit arbeitenden Menschen und eine kreative Güte. Daher ist es völlig unzulässig, Kollektivismus und allgemeinen menschliche Werte einander gegenüberzustellen.»

Zusammenfassung: Siegfried Röder



«Neue Zeit», Moskau, Nr. 11/1991.